



Medienbildung/ICT, Individuum & Gemeinschaft, Geografie für Sek I und Sek II

Head Wind (Bad-e-daboor)

43:00 Minuten

Fakten zum Iran

Der Iran dehnt sich auf einer Fläche von 1 Million 600 000 km² aus, die Schweiz hat hingegen 45 000 km², ist also 40 Mal kleiner. Im Moment hat der Iran ungefähr 70 Millionen Einwohner, 50 % davon sind schätzungsweise unter 18 Jahre alt. Der Iran hat das höchste Bevölkerungswachstum der Welt. 60 % sprechen Farsi, andere sind turktatarische Aserbeidschaner (Aseri), Kurden oder wenige Araber; mehrere Millionen Flüchtlinge stammen aus Afghanistan. Ungefähr 7 Millionen Iraner leben in der ganzen Welt verstreut, vor allem in den USA (besonders in der Umgebung von Los Angeles) und in Deutschland (viele in Hamburg). Sie sind vor den Folterungen und Morden des Schahs und des heutigen Regimes geflohen, wollten ihre Kinder nicht im Krieg verlieren oder sahen keine Zukunft für ihre akademischen Berufe oder ihre persönliche Lebensweise im derzeitigen Zustand ihres Landes.

55 % der Fläche Irans ist Wüste. Der trockenste Ort der Welt liegt in Persien, in der Wüste Lut. 40 % des Ackerlandes im Iran ist bewässert, v.a. im Nordwesten und in Gebirgstälern. Rund ums Kaspische Meer werden Reis, Zitrusfrüchte und Baumwolle angebaut. Sonst dominiert der Weizen- und Gerstenanbau. Der Mohnanbau wurde 1979 verboten. Der Iran importiert Weizen, Fleisch und Speiseöle. Die Schule wurde ab 1981 nach chinesischem Vorbild auf eine praktische und theoretische Einführung ausgerichtet. Die Lehrer in den Grundstufen sind häufig besonders darin ausgebildet, den Koran gut auslegen zu können. Jeder soll den Koran aber selbst lesen können, weshalb der Analphabetismus bekämpft wird. Die Anzahl der Studierenden wurde stark ausgeweitet. Seit der Trennung der Schulen nach Geschlechtern schicken auch die traditionell ausgerichteten Muslime ihre Töchter auf höhere Schulen und Universitäten. Deshalb hat die Zahl der hochgebildeten Frauen massiv zugenommen.

Die politische und wirtschaftliche Situation im Iran

Iran, das alte Persien, ist ein Staat in Vorderasien, der durch die streng islamische und antiwestliche Politik von Präsident Achmadinedschad geprägt wird und hauptsächlich vom Erdöl und Erdgasexport lebt. Menschenrechtsverletzungen, Korruption, mangelnde Transparenz, Pressezensur und Wahlbetrug werden der theokratischen Islamischen Republik von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen immer wieder vorgeworfen. Die Erklärung Irans, am Bau einer Atombombe zu arbeiten, und die mangelnde Zusammenarbeit mit der internationalen Atombehörde beunruhigt die Weltöffentlichkeit und ist immer wieder Gegenstand von internationalen Verhandlungen. Wegen der Abhängigkeit zahlreicher Staaten vom iranischen Erdöl und Erdgas gestalten sich solche Verhandlungen jedoch sehr schwierig und der Iran spielt seine Machtposition diesbezüglich gezielt aus.

Die Entdeckung der grossen Erdölvorkommen hatte seinerzeit in Iran und in der schiitischen Gesellschaft zu starken Veränderungen geführt: Den steigenden Öleinnahmen war es zu verdanken, dass der damalige Herrscher von Iran, Schah Mohammad Reza Pahlavi, ab 1963 mit der «weissen Revolution» umfangreiche wirtschaftliche, politische und soziale Reformen einleiten konnte. Er stellte ein Industrialisierungsprogramm auf, das den Iran in wenigen Jahren von einem Entwicklungsland zu einem aufstrebenden Industriestaat machte. Industrialisierung und gesellschaftliche Modernisierung führten jedoch von Beginn an zu Spannungen mit den konservativen Teilen der schiitischen Geistlichkeit. Insbesondere Ayatollah Chomeini sprach sich bereits 1963 gegen das Reformprogramm aus. Als er 1979, nach der Vertreibung des Schahs, aus dem französischen Exil nach Iran zurückkehrte und die politische Führung übernahm, rief er die «Islamische Revolution» aus und pflegte eine fundamentalistische, anti-europäische Politik. Die Ölförderung wurde vorübergehend praktisch eingestellt und es kam zu einer weltweiten Ölkrise. 1980 begann mit einem Angriff des Irak auf den Iran der erste Golfkrieg, der bis 1988 dauerte. Dies führte zu einer internationalen Isolation des Landes, die sich erst Ende der 1990-er Jahre lockerte. Mit dem überraschenden Sieg Mohammad Khatamis bei den Präsidentschaftswahlen 1997 etablierte sich die politische Bewegung der Reformen im iranischen Parlament.

Sie standen dem religiösen Machtmonopol kritisch gegenüber und versuchten, die republikanischen Elemente des Staates zu stärken. So gelang es Khatami zu Beginn seiner Amtszeit, eine Liberalisierung der nationalen Presse durchzusetzen. Aber die Macht war in der islamischen Republik in den Händen der religiösen Führer, denen Polizei, Geheimdienst und Militär unterstehen. Vor allem aber die Revolutionsgarden, die inzwischen genauso viele Bataillone hatten wie die offizielle Armee. Das Aufleben der Pressefreiheit dauerte deshalb nicht sehr lange an. Der Wächterrath machte die Gesetze mit Verweis auf Unverträglichkeit mit dem Islam rückgängig und blockierte fortan nahezu alle Reformversuche des Parlaments.

Ab April 2000 wurden mehr als 100 Zeitungen verboten. 2001 wurde Khatami wiedergewählt. Im Juni 2003 gab es sechs Tage lang einen Aufstand gegen das Regime. 4000 Studenten verschwanden. Bei den Präsidentschaftswahlen 2005 trat vorerst das parlamentarische Ende der Reformer ein, zumal Khatami nach zwei Amtszeiten nicht erneut kandidieren durfte. Durch die Wahl des erzkonservativen Mahmud Ahmadinedschad zum Präsidenten im Jahr 2005 und seine konfrontative Aussen- sowie repressive Innenpolitik, nahm die internationale Isolation erneut zu. Insbesondere seine Wiederwahl im Jahr 2009, die von zahlreichen Manipulationsvorwürfen begleitet wurde, führte zu massiven Protesten.

Der Iran fühlt sich nach wie vor vom Westen, namentlich den USA und Israel, bedroht und verlangt Garantien für einen Nicht-Angriff und die Aufhebung des Boykotts. Die militärische Drohung von Israel und den USA, den Iran auch mit Atomwaffen anzugreifen, um diesen davon abzuhalten, eine eigene Produktion für angereichertes Uran für Atomkraftwerke oder Atomwaffen aufzubauen, hat dazu geführt, dass der Iran mit der «Ölwaffe» droht. Das heisst bei einem Krieg die Strasse von Hormus im Persischen Golf zu blockieren. Denn das Land verfügt nach Saudi Arabien, Kanada und dem Irak über die meisten Ölreserven. Beim Erdgas folgt Iran an zweiter Stelle unmittelbar nach Russland.

Pressefreiheit, Meinungsvielfalt und Zensur im Iran

Informations- und Redefreiheit sind im Iran nicht gegeben. Journalisten, Weblogger, Menschenrechtsaktivisten und Oppositionelle müssen mit Repressalien, Verhaftung und sogar Folter rechnen. Im Sommer 2007 verschlechterten sich die Bedingungen für die Pressefreiheit erheblich. Zeitungen wurden verboten und Journalisten verhaftet. Die reformorientierte Zeitschrift Sharq wurde wegen eines Interviews mit der in Kanada im Exil lebenden lesbischen Schriftstellerin Saghi Qahraman verboten. Beobachter sehen einen direkten Zusammenhang mit schlechten Umfrageergebnissen für den amtierenden Staatspräsidenten Ahmadinedschad.

Zensur im Weltall – Iran sabotiert Europas TV-Satelliten

Um kritische Töne aus dem Ausland auszusperrern, attackiert die Führung in Teheran mit Störsignalen auch europäische Kommunikationssatelliten; so unter anderem den leistungsstärksten europäischen Fernsehsatelliten «Hot Bird 8». Die Uno hat die Aktionen zwar verurteilt, ihr fehlen aber die Mittel, konkret etwas dagegen zu unternehmen. Davon betroffen sind zum Beispiel die persischen Dienste von BBC und Voice of America oder das arabische Programm der Deutschen Welle. Die Führung in Teheran tut alles in ihrer Macht stehende, um Informationen aus dem Ausland zu unterdrücken. Denn obwohl «Hot Bird 8» in seinem geostationären Orbit rund 36'000 Kilometer von der Erde entfernt ist, lässt er sich leicht sabotieren. Dazu müssen die iranischen Störer nur ein kräftiges Signal in Richtung der fliegenden Nachrichtenzentrale schicken. Dafür verwenden sie dieselbe Frequenz, auf der sonst das Programm von einer regulären Bodenstation ankommen würde. Die Europäische Union kann sich indes nicht dazu durchringen, im Gegenzug iranische TV-Sendungen zu blockieren (Iraner senden über den gleichen Satelliten, den sie sabotieren). Der Satellitenbetreiber hat einstweilen die Verbreitung einiger Programme geändert. Sie werden inzwischen über andere Satelliten abgestrahlt. Die Verbreitung von Programmen über Satellit und das Geschäft mit Fernsehserien ist weltweit ein lukrativer Handel. Die Konkurrenz ist gross, es herrscht ein regelrechter Verdrängungskampf. Im Iran werden u.a. auch europäische Sendungen, namentlich aus Deutschland und Österreich, ausgestrahlt.